

Dirk Jansen (BUND NRW e.V.) – Rede auf der Abschlusskundgebung Fridays for Future in Düsseldorf, 24. Mai 2019

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Klimawandel ist längst Realität – weltweit, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf. Einen kleinen Vorgeschmack auf das, was uns droht, haben wir im letzten Jahr erlebt. Unser „Vater Rhein“, an dessen Ufer wir hier stehen, war nur noch ein Rinnsal. Landauf landab litten unsere Gewässer unter den hohen Temperaturen, wegen des Sauerstoffmangels krepieren reihenweise die Fische. Das Grundwasser hat sich von dem Hitzesommer bis heute nicht erholt. Schon jetzt kommt es zu gravierenden Verschiebungen des Artenspektrums. Insbesondere die Amphibien sind Opfer des Klimawandels. Auch unsere Wälder leiden.

Die Anzahl und Intensität von Starkregenereignissen nimmt schon jetzt signifikant zu – mit zum Teil katastrophalen Folgen. Sturzfluten und Überschwemmungen werden uns immer häufiger heimsuchen, gefolgt von Dürre- und Hitzeperioden. Darunter leidet nicht nur die Natur, auch wir Menschen. Tausende vorzeitige Todesfälle – vor allem in den Hitzeinseln unserer Großstädte – gehen schon jetzt auf das Konto des Klimawandels.

Der Klimanotstand ist also schon längst eingetreten.

Doch was machen unseren verantwortlichen Politiker und Politikerinnen? Sie befeuern durch ihr Nichtstun die Klimakrise, treten bei der Energiewende auf die Bremse und schützen die größten Klimakiller im Lande.

Das muss endlich ein Ende haben! Wir dürfen nicht zulassen, dass die große Koalition aus CDU/CSU, SPD und FDP unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Deshalb sind wir heute hier. Wir sind laut und wir sind viele. Und wir werden in unserem Protest nicht nachlassen!

Schon jetzt ist klar, dass Deutschland sein Klimaschutzziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, krachend verfehlen wird. Dem Land Nordrhein-Westfalen kommt bei diesem Klimaschutz-Versagen eine Schlüsselrolle zu. Ein Drittel aller bundesdeutschen Treibhausgasemissionen werden hier erzeugt. Schuld daran ist eine antiquierte Energiepolitik. Mehr als 70 Prozent der hiesigen Stromerzeugung stammt noch immer aus Braun- und Steinkohle – den Klimakillern Nummer 1. Dem gegenüber fristen die erneuerbaren Energien mit einem kläglichen Anteil von 12 Prozent ein Schattendasein.

Eines ist klar: Scheitert NRW beim Klimaschutz, scheitert auch Deutschland. Doch was macht die Landesregierung? Obwohl wir ein Landesklimaschutzgesetz haben, startet Schwarz-Gelb gerade mit der Änderung des Landesentwicklungsplans einen Generalangriff auf den Ausbau der Windenergie.

Und nur wenige Kilometer von hier müssen wir erleben, wie sich die Braunkohlenbagger tagtäglich weiter durch eine uralte Kulturlandschaft fräsen, Dörfer zerstört werden, Menschen gegen ihren Willen zwangsumgesiedelt werden. In einem einzigartigen Ausmaß werden Natur und Landschaft vernichtet, wichtigste Grundwasserressourcen zerstört, unsere Gesundheit durch Tagebau- und Kraftwerksimmissionen gefährdet und das Klima ruiniert.

Ich frage euch: Sieht das nach Energiewende aus? Diese Politik der verbrannten Erde muss ein Ende haben!

Mit den Empfehlungen der so genannten Kohle-Kommission ist endlich Bewegung in die Debatte gekommen. Allen von uns ist klar, dass ein Kohleausstieg im Jahr 2038 viel zu spät käme, wenn wir die Pariser Klimaschutzziele einhalten wollen. Dennoch: Werden die Empfehlungen der Kommission eins zu eins umgesetzt, so bedeutet das, dass bis Ende 2022 sieben RWE-Braunkohlenkraftwerksblöcke abgeschaltet werden. Die Kohleförderung wird sich dadurch zusammen mit anderen Maßnahmen gegenüber heute halbieren.

Damit aber ist auch klar: Der Hambacher Wald und die vom Tagebau bedrohten Dörfer können nicht nur, sie müssen bleiben! Wir fordern deshalb Ministerpräsident Armin Laschet auf: Handeln Sie danach! Geben Sie eine Bestandsgarantie für Wald und Dörfer! Verstecken Sie sich nicht länger hinter der Bundesregierung! Nehmen Sie endlich ihre Verantwortung wahr!

Und noch ein kleiner Exkurs nach Europa. Nur dank europarechtlicher Vorgaben haben Umweltverbände wie der BUND ein weitreichendes Klagerecht gegen natur- und klimazerstörende Vorhaben. Auch wesentliche Vorgaben zum Schutze der Natur, wie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, kommen von der EU. Damit ist es uns gelungen, die Rodungen im Hambacher Wald bis auf weiteres zu stoppen.

Die Europawahl gibt uns die Möglichkeit, für mehr Natur- und Klimaschutz zu stimmen. Am Sonntag wird sich entscheiden, ob die Interessen der Wirtschaft und der Großkonzerne mehr zählen als Umweltschutz. Dabei ist es ein Unding, dass viele von euch, die jetzt zu Hundertausenden für unsere Zukunft auf die Straße gehen, von der Wahl ausgeschlossen sind.

Wir fordern deshalb:

Anstatt der schulstreikenden Generation Restriktionen anzudrohen, muss sie bei allen politischen Entscheidungen gleichberechtigt berücksichtigt werden! Eine aktive Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Zukunftsentscheidungen muss endlich ermöglicht werden, z.B. durch die Herabsetzung des Wahlalters.

Der Klimaschutz ist aber viel zu wichtig, als dass wir ihn allein den Berufs-Politiker*innen überlassen dürfen. Auch der Kohle-Ausstieg bleibt Handarbeit. In diesem Sinne...

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.